

**KONFERENZ DER KANTONALEN  
FINANZDIREKTORINNEN  
UND FINANZDIREKTOREN**

Herr Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher EFD  
Bernerhof  
3003 Bern

Bern, 28. September 2018

**Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2019**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) übermittelte der FDK den Bericht vom Juni 2018 über den Finanzausgleich 2019 zwischen Bund und Kantonen zur Stellungnahme. Wir unterbreiteten den Bericht gemäss gängiger Praxis<sup>1</sup> den Kantonsregierungen. Die FDK-Plenarversammlung sprach sich am 28. September 2018 über die Ergebnisse der Anhörung aus und äussert sich zum Bericht wie folgt.

Die Kantone haben die für Ihren Kanton verwendeten Zahlen, im Besonderen jene des neuesten Bemessungsjahrs 2015, geprüft und die Berechnungen des Berichts plausibilisiert. Gestützt darauf nimmt die FDK den Bericht der EFV zur Kenntnis und stellt keine Anträge zu den Zahlen 2019.

Die FDK hat zur Kenntnis genommen, dass die Vermögenswerte des Kantons Zürich für die Bemessungsjahre 2013 und 2014 im Rahmen der Datenmeldung für das Bemessungsjahr 2015 für die Berechnungen der Ressourcenausgleichszahlungen 2019 deutlich nach unten korrigiert werden mussten. Die FDK schliesst sich der Position der EFV an, wonach diese Situation gemäss geltenden Rechtsgrundlagen keine rückwirkende Fehlerkorrektur der Ausgleichszahlungen 2018 auslöst. Mit dem Ziel die Verständlichkeit der Verordnung zu verbessern, beantragen wir jedoch eine Präzisierung von Art. 42a Abs. 1 FiLaV im Sinne der geltenden Praxis:

*"Die Ausgleichszahlungen werden nachträglich berichtigt, wenn der Fehler der Ausgleichszahlungen bei einem Kanton pro Einwohnerin oder Einwohner mindestens 0,17 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Ressourcenpotenzials der Schweiz entspricht (Erheblichkeitsgrenze)."*

---

<sup>1</sup> Vgl. Botschaft zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteaustgleichs sowie zum Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA vom 8. Dezember 2006 (BBI 2007 736 f.).

Zweck der jährlichen Anhörung ist der Vollzug des Finanzausgleichs und die ordentliche Prüfung der Datengrundlagen. Trotz entsprechenden Anträgen der Kantone äussert sich die FDK deshalb an dieser Stelle nicht zur Wirksamkeit, zur Dotation oder zu Möglichkeiten der Weiterentwicklung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Die Auswertung unserer Umfrage erhalten Sie in der Beilage zur Kenntnis.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unseres Anliegens.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN  
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Charles Juillard

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

**Beilage**

- Synopse der Stellungnahmen der Kantone zur Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2019

**Kopie (Mail)**

- Mitglieder FDK
- Mitglieder der Fachgruppe Qualitätssicherung
- Sekretariat KdK

<b>FDK / CDF</b>	<b>Finanzausgleich 2019 zwischen Bund und Kantonen. Stellungnahme zum Bericht der EFV</b>	<b>Plenarversammlung / Assemblée plénière</b>	<b>28.09.2018</b>
		<b>Traktandum</b>	<b>5 – Beilage 1</b>

Geht an:	<b>Mitglieder FDK</b>
Datum:	14.09.2018

## 1. Ausgangslage

Die FDK führt im Zusammenhang mit der Festsetzung der Finanzausgleichstransfers jährlich eine Anhörung bei den Kantonsregierungen durch. Mit Brief vom 18. Juni 2018 bat die FDK die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme bis 24. August 2018. Die Anhörung bezog sich auf die Datengrundlagen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2018 über den Finanzausgleich 2019 zwischen Bund und Kantonen. Die vorliegende Notiz fasst die kantonalen Stellungnahmen zusammen. Die Fachgruppe Qualitätssicherung und der FDK-Vorstand nahmen das Ergebnis an ihrer Sitzung vom 30. August 2018 bzw. 14. September 2018 zur Kenntnis.

## 2. Zusammenfassung

Es sind Rückmeldungen aus sämtlichen Kantonen zu den Zahlen 2019 eingegangen. Anträge zur Wirksamkeit, Dotation und Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Finanzausgleichs sind nicht Gegenstand der Anhörung.

- Sämtliche Kantone haben die im Bericht der EFV verwendeten Zahlengrundlagen der Bemessungsjahre 2013, 2014 und 2015 bestätigt oder ohne Änderungsanträge so zur Kenntnis genommen.

- **Anträge betreffend Qualitätssicherung an die FDK:**

**Kanton ZH:**

- Antrag auf nachträgliche Berichtigung der Ausgleichszahlungen 2018.
- Antrag auf Präzisierung von Art. 42a FiLaV

**Kanton TI:** Verbesserung der Dokumentation bei der Berechnung des Lastenausgleichs insbesondere für die Detailberechnungen des Armutsindikators.

### 3. Stellungnahme der Kantone

Kanton	Stellungnahme zu den Zahlen 2019
AG 15.8.	"(...) Nach Prüfung der Zahlen stellen wir fest, dass es keine Hinweise auf irgendwelche Fehler oder Unklarheiten in den für den Kanton Aargau verwendeten Daten gibt. <b>Wir haben somit keine Bemerkungen oder Anpassungsanträge zum Bericht.</b> (...)"
AI 17.8.	"(...) Die Steuerverwaltung Appenzell I.Rh. hat die Zahlen 2015 geprüft. Sie entsprechen den eigenen Berechnungen. Die Datengrundlagen für 2013 und 2014 wurden summarisch überprüft. Es wurden keine Fehler festgestellt. Die Datenbasis 2015, die neu für die Berechnung des NFA 2019 beigezogen wird, ersetzt die Zahlen von 2012. Somit kommt der Mittelwert der Jahre 2013 bis 2015 zur Anwendung. Sämtliche gelieferten Zahlen zu den Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und der Gewinne der juristischen Personen 2015 konnten verifiziert werden. Im Weiteren wurde geprüft, ob die vom Kanton Appenzell I.Rh. gelieferten Zahlen beim Bund korrekt verarbeitet wurden, ob die NFA-Berechnungen auf diesen Daten beruhen und ob diese auch nachvollziehbar sind. <b>Die Standeskommission nimmt von den Berechnungsgrundlagen Kenntnis und erklärt sich mit den provisorischen NFA-Zahlen 2019 einverstanden.</b> (...)"
AR 20.8.	" Der Regierungsrat AR hat am 14.8.2018 den Bericht über den NFA 2019 zustimmend zur Kenntnis genommen und das Departement Finanzen beauftragt, der FDK mitzuteilen, dass die <b>Berechnungen des Bundes korrekt sind und keine Anträge</b> gestellt werden."
BE 15.8.	"(...) Unsere zuständigen kantonalen Fach Ämter haben die statistischen Grundlagen für die Berechnung des Ressourcenausgleichs (Steuerverwaltung) bzw. des Lastenausgleichs (Finanzverwaltung) des Kantons Bern soweit als möglich geprüft; die vorliegenden Daten werden als korrekt beurteilt. Gestützt auf die von den Bundesbehörden vorgenommenen Arbeiten sowie gestützt auf die Beurteilung unserer Fachämter <b>ist der Regierungsrat mit den Berechnungen der Ausgleichszahlungen für das Jahr 2019 einverstanden.</b> (...)"
BL 17.8.	"(...) Wir können die korrekte Datenübernahme für den Kanton Basel-Landschaft für die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage (ASG) 2015 bestätigen. Die für den Kanton Basel-Landschaft verwendeten Daten stimmen somit als Datengrundlage für den Finanzausgleich 2019. <b>Wir stellen keine Anträge.</b> (...)"
BS 15.8.	<p>"(...) Wir haben die im Bericht dargelegten Zahlen für den Kanton Basel-Stadt stichprobenweise geprüft und keine Ungereimtheiten festgestellt. <b>In technischer Hinsicht erscheinen uns die Berechnungen plausibel und wir nehmen sie zur Kenntnis.</b> (...)</p> <p>Die Dotation des Ressourcenausgleichs steigt im Jahr 2019 um 143 Mio. Franken auf 4.2 Mia. Franken. Der ressourcenschwächste Kanton Jura erreicht nach den Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich 2019 einen Ressourcenindex von 88.2 Punkten, was deutlich über der gesetzlich angestrebten Mindestausstattung von 85 Punkten liegt. Mit anderen Worten liesse sich die gesetzlich angestrebte Mindestausstattung der ressourcenschwächsten Kantone von 85 Punkten mit deutlich weniger finanziellen Mitteln als heute erreichen.</p> <p>Die KdK hat nach langwierigen und umfassenden Diskussionen einen Kompromiss für die Optimierung des NFA erarbeitet, der von einer grossen Mehrheit der Kantone getragen wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Neu soll eine gesetzlich garantierte Mindestausstattung eingeführt werden. Der bisherige Richtwert (85%) wird durch einen Fixwert ersetzt: Die garantierte Mindestausstattung des ressourcenschwächsten Kantons wird auf 86.5% des schweizerischen Durchschnitts angehoben. Damit wird auch die Ausgleichssumme im Ressourcenausgleich entpolitisiert</li> <li>- Die Einzahlung des Bundes wird beim verfassungsmässigen Maximum von 150% festgelegt. Auch dieser Wert soll gesetzlich verankert werden.</li> <li>- Eine Übergangsperiode von drei Jahren federt den Wechsel zum neuen System ab. Die Mindestausstattung von 86.5% soll in gleichmässigen Jahresschritten erreicht werden.</li> </ul>

	<p>- Die Entlastung des Bundes wird voll zugunsten der Kantone eingesetzt. Während einer Übergangsperiode soll die Entlastung des Bundes je zur Hälfte für den soziodemografischen Lastenausgleich (SLA) und für die ressourcenschwachen Kantone verwendet werden. Nach Abschluss der Übergangsperiode soll die Entlastung des Bundes zugunsten aller Kantone, und davon zur Hälfte für den SLA eingesetzt werden.</p> <p>Der Regierungsrat erwartet, dass sich der Bundesrat für die Optimierung des NFA gemäss dem integralen Paket der KdK ausspricht, inklusive dem Einsatz der frei werdenden Mittel zugunsten der Kantone. Wird das integrale Paket abgeändert, so besteht die Gefahr, dass wie im Jahr 2015 erneut eine kontroverse Debatte mit erheblichen Spannungen und Verteilkämpfen im Bundesparlament und zwischen den Kantonen entsteht. (...)</p>
FR 21.8.	<p>"(...) D'une manière générale, le rapport de l'AFF et les informations complémentaires mises à disposition sur son site Internet présentent clairement les évolutions intervenues depuis l'année dernière. Ils fournissent les éléments nécessaires aux administrations cantonales pour s'assurer du bon usage des données concernant directement leur canton et procéder à une vérification des calculs de l'administration fédérale.</p> <p>En matière de péréquation des ressources, l'analyse de la Direction des finances n'a pas révélé de <b>différences significatives en ce qui concerne les données utilisées et les calculs effectués pour le canton de Fribourg</b>. Ces données et calculs peuvent être considérés comme validés.</p> <p>Le constat est similaire pour la compensation des charges géo-topographiques et socio-démographiques. Les données de base et les calculs relatifs à ces deux instruments peuvent être considérés comme approuvés par le canton de Fribourg.</p> <p>En ce qui concerne la compensation des cas de rigueur, les explications données et les chiffres communiqués n'appellent pas d'objection de notre part. Nous prenons acte de la diminution de 5 % des montants perçus et versés dans le cadre de cet instrument. Elle est conforme à ce qui est prévu par la loi sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC, art. 19 al. 3). (...)"</p>
GE 25.7.	<p>"(...) Les vérifications que nous avons opérées nous permettent de conclure que les calculs du potentiel de ressources effectués par l'administration fédérale des finances (AFF) sont bien basés sur les données que nous avons transmises et respectent les formules de calcul de l'ordonnance sur la péréquation financière et la compensation des charges (OPFCC). Les contrôles réalisés sur les bases de données pour la compensation des charges liées à la structure sociodémographique nous permettent également de valider les calculs de l'AFF dans ce domaine.</p> <p>En conclusion, <b>nous validons les bases de calcul des chiffres de la péréquation financière pour l'année 2019</b>, telles qu'elles nous ont été présentées par le rapport de l'AFF du mois de juin 2018. (...)"</p>
GL 14.8.	<p>"(...) Wir haben die Daten des Kantons Glarus zum Finanzausgleich 2019 zwischen Bund und Kantonen summarisch geprüft und konnten keine Fehler feststellen. Wir danken und vertrauen auf die wertvolle Arbeit der Bundesbehörden. <b>Der Kanton Glarus nimmt die Berechnungen für den Finanzausgleich 2019 gemäss dem Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2018 zur Kenntnis.</b></p>
GR 13.8.	<p><i>Rückmeldung aus dem Departement für Finanzen und Gemeinden GR:</i> "(...) Wir haben die im Bericht "Finanzausgleich 2018 zwischen Bund und Kantonen" der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2018 für Graubünden verwendeten Daten geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Für den Ressourcenausgleich neu erfasst ist das Bemessungsjahr 2015. <b>Die Daten sind unseres Erachtens korrekt berücksichtigt. Wir haben daher keinerlei Korrekturanträge.</b> Die Veränderung des Ressourcenindex für Graubünden gegenüber dem laufenden Jahr 2018 ist marginal entspricht in etwa unseren Erwartungen.</p> <p>Auch die Ursprungsdaten und Ergebnisse des für Graubünden sehr relevanten geografisch-topografischen Lastenausgleichs (GLA) erscheinen stimmig und plausibel. Der GLA weist wie immer eine hohe Stabilität aus. Das Gesamtvolumen erhöht sich entsprechend der Teuerung April 2018 – April 2017 um 0,8% (Vorjahr + 0,4%). Es gibt aus unserer Sicht daher keine Anhaltspunkte für fehlerhafte Daten. Wir haben daher auch keine Veranlassung für Änderungsanträge. (...)"</p>
JU 14.8.	<p>"(...) <b>Les chiffres 2019 mis en consultation, sous réserve d'une correction ultérieure (autre canton ; erreur de saisie), correspondent à nos extrapolations issues des données fiscales jurassiennes transmises.</b> Il s'agit de la 4e et dernière année de la 3e période quadriennale RPT.</p> <p>Dès 2020 cependant, la plus grande incertitude prévaut. La récente consultation du 3e rapport sur l'efficacité de la RPT a confirmé la crainte du Gouvernement jurassien quant à la volatilité des dernières projections des effets du PF17 sur les futurs flux financiers RPT. (...)"</p>

<b>LU</b> 21.8	<p>"Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir den Bericht der eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) zum Finanzausgleich 2019 zwischen Bund und Kantonen zuhanden der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK) geprüft haben. Unsere Dienststelle Steuern hat die für den Kanton Luzern verwendeten Zahlen einer Qualitätssicherung unterzogen und kann deren richtige Übernahme bestätigen. <b>Wir verzichten deshalb auf Anträge zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2019.</b></p> <p>Derzeit stehen zwei Projekte zur Debatte, welche mitunter die Reform des nationalen Finanzausgleichs zum Ziel haben. Einerseits sind dies die Vorschläge aus dem Wirksamkeitsbericht 2016-2019 und andererseits sind dies die Vorschläge im Rahmen der Steuervorlage 17 (SV17), welche insbesondere die Einführung der Zetafaktoren betrifft. Diese beiden Vorlagen beeinflussen sich in ihrer Wirkung massiv. Der Kanton Luzern fordert daher eine konsolidierte Betrachtung, welche die parlamentarischen Entscheide zum Wirksamkeitsbericht 2016-2019 und zur SV17 berücksichtigt. Diese konsolidierte Betrachtung soll als Basis für den nächstjährigen Planungsprozess dienen. Die Daten müssen deshalb vom Bund bis spätestens April 2019 den Kantonen zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Weiter fordert der Kanton Luzern, dass die Zetafaktoren unabhängig von der SV17 möglichst schnell umgesetzt werden, das heisst bereits auf das Jahr 2020. Heute erhöht ein Gewinnfranken die Finanzkraft im NFA in gleichem Masse wie ein Einkommensfranken. Unternehmensgewinne lassen sich jedoch steuerlich weniger stark ausschöpfen als natürliche Personen wegen der Mobilität des Kapitals. Bei circa der Hälfte der Kantone stellen Unternehmensgewinne im Rahmen des NFA ein finanzielles Verlustgeschäft dar. Die Steuereinnahmen aus zusätzlichen Unternehmensgewinnen reichen nicht, um die tieferen NFA-Zahlungen auszugleichen. Dieser Sachverhalt setzt falsche Anreize und ist ein Systemfehler. Die tiefere Gewichtung von Unternehmensgewinnen ist im Grundsatz bereits akzeptierte Praxis: Das Steuersubstrat von besonders besteuerten juristischen Personen (Holdings etc.) wird nämlich heute schon mit dem Beta-Faktor nach unten korrigiert. Dieses Prinzip liesse sich mit den Zetafaktoren ohne technische Probleme auf alle juristischen Personen anwenden. (...)"</p>
<b>NE</b> 22.8.	<p>"(...) Notre canton a pris connaissance des chiffres de la péréquation des ressources et de la compensation des charges et des cas de rigueur pour l'année 2019. <b>Nous constatons à leur examen qu'ils sont en adéquation avec les données fournies par notre service des contributions.</b></p> <p>N'ayant relevé aucune incohérence particulière, nous considérons donc que les chiffres pour l'année de référence 2019 sont fiables en ce qui nous concerne. Nous n'avons pas d'autres remarques à formuler sur le rapport de l'Administration fédérale des finances. (...)"</p>
<b>NW</b> 10.8.	<p>"(...) Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Leistungen des Kantons Nidwalden an den Ressourcenausgleich gegenüber dem Vorjahr um weitere 0.8 Millionen Franken oder um rund 1.8 Prozent zunehmen. (...) Wir nehmen von den Berechnungen für das Jahr 2019 Kenntnis und haben keine weiteren Bemerkungen dazu. <b>Die Daten unseres Kantons für das Jahr 2015 konnten wir anhand der vom kantonalen Steueramt gelieferten Steuerfaktoren verifizieren.</b> (...) Der Kanton Nidwalden unterstützt das integrale Gesamtpaket der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zur Optimierung des NFA. Die Zustimmung gilt für das integrale Gesamtpaket. Wir verweisen dazu auf unsere Stellungnahme zu Handen der EFV zum 3. Wirksamkeitsbericht und verzichten an dieser Stelle auf weitere Ausführungen. (...)"</p>
<b>OW</b> 22.8.	<p>"(...) Wie bereits in den Vorjahren ist zu bemerken, dass die NFA-Beträge mit den vorliegenden Angaben durch uns rechnerisch nicht direkt verifiziert werden können. Wie aus dem der Vernehmlassung beiliegenden Prüfungsbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle zu entnehmen ist, werden die von den kantonalen Steuerämtern gelieferten Daten überprüft.</p> <p>Das Ergebnis betreffend Ressourcenindex ist für den Kanton Obwalden aber insofern nachvollziehbar, als dieser die Finanzkraft des Kantons in den zugrundeliegenden Bemessungsjahren 2013 bis 2015 widerspiegelt und sich in einer von uns erwarteten Entwicklung darstellt. Ergebnis und Entwicklungen bestätigen aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Obwalden die Richtigkeit der 2005 lancierten Steuerstrategie.</p> <p>Was die Entwicklung der übrigen Kantone angeht, entzieht sich dies unserer Kenntnis. Entsprechend können wir auch die Entwicklung des Ressourcenausgleichs 2,505 Milliarden Franken (vertikal) bzw. 1,713 Milliarden Franken (horizontal) nicht beurteilen.</p> <p><b>Dementsprechend nehmen wir vom Ergebnis der definitiven Berechnung Kenntnis und werden diese Zahlen in der Folge in unsere Planung aufnehmen.</b> (...)"</p>

SG 28.8.	"(...) Wir haben die im Bericht «Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2019» der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) vom Juni 2018 veröffentlichten Beträge des Bundesfinanzausgleichs für das Jahr 2019 und die entsprechenden Datengrundlagen geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Bei der Kontrolle der von uns übermittelten Ursprungsdaten für den Ressourcenausgleich konnten keine Fehler festgestellt werden. Auch hat die Plausibilisierung der Ursprungsdaten der beiden Lastenausgleichsgefässe «Soziodemografischer Lastenausgleich» und «Geografisch-topografischer Lastenausgleich» keine Mängel zu Tage gebracht. <b>Es liegen uns somit keine Hinweise vor, wonach die Ausgleichsbeiträge zugunsten des Kantons St.Gallen für das Jahr 2019 fehlerhaft sein könnten.</b> (...)"
SH 21.8.	"(...) Wir haben die Zahlen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV zum Finanzausgleich 2019 zwischen Bund und Kantonen für den Kanton Schaffhausen plausibilisiert und für nachvollziehbar befunden. Einwände zu den Daten bestehen keine. (...)"
SO 27.7.	"(...) und können Ihnen mitteilen, dass wir vom Bericht sowie den darin enthaltenen Zahlen Kenntnis genommen haben. <b>Wir haben die Zahlen plausibilisiert und sind mit der Berechnung einverstanden.</b> "
SZ 21.8.	<p>"(...) <b>Der Kanton Schwyz hat die Berechnungen geprüft und festgestellt, dass der Kanton Schwyz die richtigen Zahlen in der vorgeschriebenen Form geliefert hat, die Berechnungen auf den vom Kanton Schwyz gelieferten Daten basieren und entsprechend davon auszugehen ist, dass die Berechnungen seitens EFV korrekt vorgenommen wurden.</b> (...)</p> <p>Antrag für die integrale Umsetzung des Gesamtpakets der Konferenz der Kantonsregierungen:</p> <p>Im Kanton Schwyz und bei seinen Steuerzahlern ist das Unverständnis über die Entwicklung der NFA-Zahlungen stetig gewachsen, weil die Dotation des Ressourcenausgleichs und der Abschöpfungssatz zunehmen, obwohl das anzustrebende Mindestausstattungsziel von 85 Ressourcenindexpunkten immer klarer übertritten wird und zahlreiche ressourcenschwache Kantone ihre steuerliche Ausschöpfung markant senken, wogegen die ressourcenstarke Kantone ihre steuerliche Ausschöpfung mehrheitlich nicht reduzieren konnten.</p> <p>Die KdK hat nach intensiven und umfassenden Diskussionen einen Kompromiss für die Optimierung des NFA erarbeitet. Sie verabschiedete dazu im März 2017 Eckwerte zur Optimierung des NFA im Sinne eines integralen Gesamtpakets. Der Bundesrat hat in seiner vom März bis Juni 2018 durchgeführten Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht 2016-2019 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen ebenfalls dieses Gesamtpaket unterstützt. Die KdK-Plenarversammlung hat Ende Juni 2018 die Zustimmung zur integralen Umsetzung des Gesamtpakets bestätigt. Das vorgeschlagene Gesamtpaket bezweckt vorab eine Anpassung der Regeln für die Dotation des Ressourcenausgleichs. Neue Steuerungsgrösse wird die gesetzlich garantierte Mindestausstattung von 86.5 Ressourcenindexpunkten des ressourcenschwächsten Kantons sein. Die Einzahlung des Bundes in den Ressourcenausgleich wird auf das verfassungsmässige Maximum von 150% der Einzahlungen der ressourcenstarken Kantone angehoben. Zur Abfederung des Wechsels zum neuen System wird vorgeschlagen, eine Übergangsperiode von drei Schritten vorzusehen.</p> <p>Die Lösung zur Optimierung des Finanzausgleichs trägt den Interessen aller Kantone Rechnung. Die ressourcenschwachen Kantone können sich auf eine garantierte Mindestausstattung verlassen, während die Einzahlungen der ressourcenstarken Kantone und des Bundes nur noch vom definierten Ausgleichsbedarf abhängig sind. So kann die Steuerung des Ressourcenausgleichs von politischen Gegensätzen entlastet werden.</p> <p>Der Kanton Schwyz weist mit Nachdruck darauf hin, dass es sich bei der Lösung der Kantone um ein integrales Gesamtpaket handelt, das erst nach langen Verhandlungen und Zugeständnissen von allen Seiten zustande kam. Der Kanton Schwyz hat zusammen mit den anderen NFA-Geberkantonen der Optimierung des NFA im Sinne eines integralen Gesamtpakets zugestimmt. Sollten einzelne Elemente aus dem Gesamtpaket gestrichen oder verändert werden, so haben die NFA-Geberkantone angekündigt, eine Neuurteilung vorzunehmen und ihre Zustimmung gegebenenfalls zu widerrufen. Mit dieser Zustimmung kommt der Kanton Schwyz zusammen mit den Geberkantonen den ressourcenschwachen Kantonen sehr weit entgegen. Mit der höheren und fixierten Mindestausstattung trägt der Kanton Schwyz zusammen mit den NFA-Geberkantonen langfristig finanzielle Risiken. Zudem würde bei einer Zunahme der Disparitäten die Ausgleichssumme rascher und stärker steigen als im heutigen System. Der Kanton Schwyz gewichtet jedoch den Gesamtkompromiss stärker als dieses Risiko und beantragt deshalb, dass das Gesamtpaket der KdK zur Optimierung des NFA integral umgesetzt wird. (...)"</p>

TG 15.8.	"(...) Aus Sicht des Kantons Thurgau erscheinen die unterbreiteten Berechnungen und Daten als nachvollziehbar und korrekt. <b>Wir nehmen davon zustimmend Kenntnis. (...)</b> "
TI 22.8.	<p>"(...) <b>I dati utilizzati per determinare le quote perequative che spettano al Ticino secondo la legge sulla perequazione finanziaria sono stati controllati dall'Amministrazione cantonale e possono essere considerati corretti.</b> Ritenuto inoltre che i dati di tutti Cantoni sono stati pubblicati solo dopo un attento esame del gruppo di lavoro "Qualitätssicherung", possiamo ritenere, in buona fede, che l'insieme delle valutazioni eseguite sia conforme ai criteri di qualità stabiliti dal capitolo 3 dell'ordinanza concernente la perequazione finanziaria e la compensazione degli oneri.</p> <p>Confermiamo inoltre di avere esaminato i metodi di calcolo impiegati e anche da questo profilo non abbiamo osservazioni particolari da segnalare, vista la loro conformità all'ordinanza federale. Si ribadisce tuttavia di avere riscontrato delle lacune nella documentazione pubblicata. In particolare chiediamo di voler inserire la documentazione tecnica dettagliata del calcolo dei sottoindicatori della compensazione degli oneri per permettere agli specialisti di verificare e valutare alcune scelte sul piano metodologico.</p> <p>Chiediamo inoltre, per gli stessi motivi, di volerei trasmettere anche i dati di dettaglio utilizzati per il calcolo dell'indicatore di povertà cantonale e più precisamente: la lista delle prestazioni considerate, il numero di beneficiari per prestazione, l'importo medio minimo ed eventuali ponderazioni parziali.</p> <p>Richiamiamo qui integralmente le osservazioni espresse nell'ambito della nostra presa di posizione del 20 giugno 2018 concernente il terzo rapporto sull'efficacia della NPC all'attenzione del Dipartimento federale delle finanze. In questo senso, ribadiamo la nostra richiesta di una modifica del sistema, che tenga conto in modo più adeguato della reale situazione in cui si trova il nostro Cantone sia per quanto riguarda la compensazione degli oneri (modifica dell'indicatore concernente l'altitudine per la compensazione degli oneri geotopografici e la possibilità di introdurre un indennizzo per i Cantoni di frontiera nell'ambito della compensazione degli oneri sociodemografici) sia per quanto concerne la perequazione delle risorse. In quest'ultimo contesto, ribadiamo la necessità di considerare diversamente i redditi dei frontalieri nel potenziale di risorse tramite una riduzione più consistente della quota di redditi considerati dall'attuale 75% al 50% e/o anche attraverso la presa in conto, perlomeno parziale, del numero di frontalieri nella popolazione utilizzata per calcolare il potenziale pro-capite.</p> <p>In conclusione il nostro Cantone non ravvisa particolare criticità nei confronti del rapporto posto in consultazione, ma chiede un serio riesame del sistema che tenga maggiormente in considerazione la condizione particolare del Cantone Ticino, quale Cantone di frontiera.</p>
UR 21.8.	"(...) Wir haben die zur Verfügung gestellten Daten - soweit möglich - geprüft. Dabei haben wir keine Mängel festgestellt. <b>Der Regierungsrat hat den Bericht und die darin enthaltenen Erläuterungen und Zahlen bzw. Berechnungen für den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2019 zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden. (...)</b> "
VD 22.8.	<p>"(...) Les données de base transmises par le Canton de Vaud, ainsi que leur utilisation dans les calculs qui déterminent l'indice des ressources ont pu être contrôlées grâce aux informations figurant dans le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) du 19 juin 2018 ou au moyen des tableaux Excel mis à disposition par l'AFF sur son site internet. Dès lors, <b>les chiffres 2019 pour le Canton de Vaud sont acceptés par le Conseil d'État</b>, sous réserve des éléments suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dans l'hypothèse où une erreur devait être découverte a posteriori, le Canton de Vaud se réserve la possibilité de faire valoir des corrections rétroactives, en se fondant au besoin sur les conditions posées par l'art. 9a PFCC ;</li> <li>• notre Canton n'a la faculté de vérifier ni la qualité et l'exactitude des données de base des autres cantons, ni la reprise et l'utilisation correcte de ces données dans les calculs effectués par l'AFF.(...)</li> </ul> <p>Le Conseil d'État du Canton de Vaud accepte les chiffres présentés dans le rapport relatif à la péréquation des ressources, compensation des charges et des cas de rigueur en 2019, sous les réserves expressément mentionnées ci-dessus. (...)"</p>
VS 8.8.	"(...) L'examen des données de la péréquation des ressources 2019 n'appelle aucun commentaire de notre part sur les calculs effectués. <b>Les données de base concernant le canton du Valais sont donc considérées comme correctes.</b> Le Conseil d'Etat du Canton du Valais prend acte des chiffres publiés et saisit l'occasion de la présente audition pour relever les éléments suivants.

1. Après une légère stabilisation en 2018 (-0,1 point), la situation du canton du Valais se péjore de nouveau pour 2019 avec une baisse de son indice de ressources de 66,8 à 66,1 points. Nous relevons par ailleurs que la situation des cantons à fort potentiel de ressources demeure très bonne, même si elle s'est quelque peu péjorée pour le canton de Genève notamment (-0,8 point) et légèrement pour les cantons de Bâle-Ville et Nidwald (-0,2 point chacun). Le canton de Zoug est toujours en tête des cantons les plus forts avec un potentiel de ressources par habitant 3,75 fois supérieur à celui du canton du Valais, alors qu'il était de 3,65 fois pour 2018. Le canton de Zürich voit également son indice augmenter de +0,3 point malgré d'importantes corrections à la baisse sur le potentiel de ressources 2015 des personnes morales. Cette situation moyenne des cantons contributeurs traduit une nouvelle augmentation des disparités intercantionales. Elles justifient ainsi pleinement le maintien du système actuel et le maintien de mécanismes péréquatifs performants.

Bien que l'audition n'amène aucune remarque particulière en ce qui concerne le calcul des chiffres 2019, le Gouvernement valaisan renouvelle sa vive inquiétude quant à l'avenir du système de péréquation fédérale. Les pressions continues exercées par les cantons à fort potentiel de ressources souhaitant diminuer leur contribution à la péréquation des ressources sont contraires à l'esprit d'un système de solidarité, issu d'un consensus, après de très longues années de travaux préparatoires. Les conclusions du rapport Marty, groupe politique de la CdC chargé de faire des propositions d'optimisation de la péréquation financière, et reprises par la CdC elle-même, ne tiennent pas compte de la situation actuelle qui se traduit toujours par une augmentation des disparités entre les cantons les plus forts et les cantons les plus faibles. Seule une diminution de l'alimentation par les cantons contributeurs à ce fonds les intéresse. Or, et on peut le constater avec le cas de Genève pour 2019, si la situation d'un canton se péjore par rapport à la moyenne de celle des autres, elle se répercute automatiquement sur la péréquation. Sans devoir changer le système, l'indice du canton de Genève baisse alors que celui d'autres cantons forts s'améliore en même temps que celui de certains cantons faibles. Le jeu des disparités fait donc pleinement son travail et le système doit être maintenu dans sa forme actuelle. Il a d'ailleurs fait ses preuves depuis son entrée en vigueur en 2008.

Les propositions ainsi faites par le Conseil fédéral dans le cadre du 3e rapport d'efficacité de la péréquation intercantonale, qui reprennent en grande partie les propositions Marty de la CdC, ne sont pas judicieuses et tendent à mettre à mal la solidarité entre les cantons suisses d'une part, et l'équilibre de la place financière suisse d'autre part. Il ne faut pas oublier que le fonds de péréquation fédérale ne représente que quelque 5 milliards de francs environ alors même que les subventions fédérales dans d'autres domaines sont bien plus importantes (trafic, prévoyance sociale, formation et recherche, etc.).

Le canton du Valais n'accepte pas une nouvelle baisse de l'alimentation du fonds de péréquation sur la base des propositions du Conseil fédéral. Ces dernières pénalisent d'ailleurs les cantons les plus faibles au profit des autres cantons faibles, ce qui n'est pas correct. De plus, toutes les propositions faites le sont uniquement en faveur des cantons contributeurs, au détriment de la Confédération également. Enfin, la volatilité des paiements qui pourrait résulter de l'application des propositions faites dans le 3e rapport d'efficacité sont un danger pour l'ensemble des cantons, qu'ils soient à faible ou à fort potentiel, ainsi que pour la Confédération. De fortes variations d'une année à l'autre pourraient ainsi être enregistrées et pourraient mettre à mal autant le budget fédéral que celui des cantons.

Nous rappelons que la dotation avait déjà été baissée de 165 millions par année dès 2016 suite à des débats nourris aux Chambres fédérales. En tenant compte de l'évolution annuelle du fonds de péréquation des ressources, l'effort des cantons à faible potentiel s'élève déjà ainsi à quelque 750 millions à 1 milliard de francs depuis 2016. Il revient ainsi au Conseil fédéral, par son Département fédéral des finances, de s'assurer, au moment où la situation de plusieurs cantons à fort potentiel s'améliore à nouveau et que la situation économique et financière de plusieurs cantons à faible potentiel devient tendue, que le système de péréquation soit maintenu sans modification fondamentale et qu'il continue à jouer pleinement son rôle de solidarité entre les cantons et de réduction des disparités.

Au moment où de fortes mutations vont toucher les cantons en raison de la mise en œuvre de la réforme fiscale PF17, il serait peu judicieux de modifier, en amont, le système de péréquation fédérale sans connaître tout d'abord toutes les conséquences et tous les effets financiers de la réforme fiscale des entreprises sur les cantons et la Confédération. Nous invitons ainsi la CDF à bien vouloir tenir compte de cet état de fait et à défendre le statu quo du système de péréquation fédérale dans l'attente des résultats de PF17. Le canton du Valais ne s'oppose pas à une révision de la péréquation fédérale si

	<p>elle a lieu d'être, mais cette dernière doit être réalisée de manière réfléchie et en tenant compte de tous les paramètres extérieurs, notamment de PF17 évidemment, mais également d'un nouvel examen de répartition des tâches entre la Confédération et les cantons.</p> <p>2. En ce qui concerne la compensation des charges, nous réitérons notre position quant à une répartition équilibrée des deux composantes de la compensation des charges. Il convient d'éviter qu'une dotation supplémentaire de la compensation des charges sociodémographiques n'augmente encore la disparité entre les cantons. La répartition des montants à disposition des fonds de compensation des charges doit demeurer identique, ceci d'autant plus que les montants touchés par les cantons financièrement forts au titre de la compensation des charges socio-démographiques sont souvent bien supérieurs à ceux touchés par les cantons faibles au titre de la compensation des charges géo-topographiques (CCG). De plus, seuls quatre cantons (ZH, BS, VD et GE) sont concernés par plus de 80 % des paiements au titre de la compensation des charges socio-démographiques (CCS). Il serait donc malvenu d'augmenter encore l'alimentation du fonds ces au détriment du fonds CCG comme le propose le Conseil fédéral dans son rapport d'efficacité pour la répartition de la part économisée par la Confédération dans la péréquation des ressources (sur la base des propositions Marty et de la CdC).</p> <p>Nous invitons donc la CDF à défendre le 50-50 également pour la répartition supplémentaire entre les cantons de la part fédérale économisée dans l'alimentation de la péréquation des ressources. Cette part ne devrait d'ailleurs revenir qu'aux cantons à faible potentiel selon un ou plusieurs critères à définir. Les propositions du Conseil fédéral soulageant déjà les cantons à fort potentiel par une baisse de leur alimentation à la péréquation des ressources, il n'y a pas de raison que ces derniers touchent encore des recettes supplémentaires dans la compensation des charges. Une telle solution pénaliserait ainsi doublement les cantons à faible potentiel de ressources, et notamment les plus faibles d'entre eux comme le canton du Valais.</p> <p>3. Le Conseil d'Etat valaisan réitère également ses craintes concernant la mise en œuvre de la PF17. Comme déjà relevé ci-avant, la CdC et le Conseil fédéral doivent en effet veiller activement à ce que les modifications futures qui seront proposées en lien avec la péréquation se limitent strictement aux seules adaptations techniques découlant de l'abolition des statuts fiscaux particuliers. La PF17 ne doit entraîner en effet aucune modification de fond de la péréquation financière. Il est donc primordial que les équilibres entre les cantons forts et les cantons faibles d'une part, et entre l'ensemble des cantons et la Confédération d'autre part, soient bien respectés afin de ne pas mettre en péril la solidarité fédérale. Nous invitons ainsi la CDF à agir dans ce sens.</p> <p>4. En conclusion, nous pouvons valider les chiffres 2019 de la péréquation financière intercantonale. Nous invitons toutefois la CDF à soutenir activement le système actuel de péréquation qui a fait ses preuves jusqu'à ce jour, dans l'attente d'une analyse plus poussée dès que les premiers résultats liés à l'introduction future de la PF17 seront connus. Il serait périlleux de vouloir modifier le système de péréquation avant même de connaître les effets de la réforme fiscale sur les cantons et la Confédération. Une telle démarche pourrait remettre en cause le bon équilibre actuel entre cantons à fort et à faible potentiel de ressources. (...)"</p>
<p><b>ZG</b> 21.8.</p>	<p><b>(...) Unsere Plausibilisierung der Datengrundlagen hat ergeben, dass die Berechnungen auf den vom Kanton Zug gelieferten Daten basieren. Wir gehen davon aus, dass die Berechnungen aufgrund korrekter Datenlieferungen aller Kantone seitens EFV korrekt vorgenommen wurden.</b></p> <p>Nach einem einjährigen Unterbruch aufgrund eines Einmaleffekts setzt sich der Trend der stetig steigenden Zuger Zahlungen in den NFA auch 2019 fort: Mit 329 Millionen Franken zahlt Zug rund 17 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Das heisst, für alle Zugerinnen und Zuger macht dies pro Kopf 2727 Franken aus und damit 97 Franken mehr als im Vorjahr. Dies ist auch deshalb stossend, weil der Bund und die Geberkantone seit Jahren mehr zahlen, als vom Gesetz vorgesehen. So wird der schwächste Kanton auf 88,2 Prozent des schweizerischen Ressourcenindex angehoben statt auf die vorgesehenen 85 Prozent. Dieser Systemfehler führt 2018 für die Geberkantone zu einer Überdotation von 380 Millionen Franken oder 30 Prozent. Allein der Kanton Zug muss davon 72 Millionen zu viel bezahlen. Seit Einführung des NFA im Jahr 2008 haben die Geberkantone 1,42 Milliarden Franken zu viel bezahlt. Der Zuger Anteil beläuft sich auf 281 Millionen Franken.</p> <p>Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat diesen Missstand erkannt und ebenso, dass eine Reform des geltenden NFA dringend notwendig ist. Der Kanton Zug unterstützt das integrale Gesamtpaket der KdK zur Optimierung des NFA. Er erwartet vom Bundesparlament, dass es diesen Schulterabschluss der Kantone für mehr Fairness im Finanzausgleich unterstützt. Sollte sich keine Zustimmung für diesen Kompromiss finden lassen, betrachtet</p>

	<p>der Kanton Zug dies als klaren Affront gegen jene Kantone, welche die Basis für den nationalen Wohlstand bilden. Solidarität – welche keine Einbahnstrasse sein kann – und nationaler Zusammenhalt wären diesfalls nur noch leere Worte. Der Kanton Zug müsste sich in einem solchen Fall überlegen, inwiefern er in nationalen Gremien überhaupt noch mitwirken will, wenn seine berechtigten Anliegen komplett ignoriert werden. (...)</p>
<p><b>ZH</b> 31.7.</p>	<p>"(...) wir [beschränken] uns im Rahmen der Anhörung auf die Beurteilung der Datengrundlagen.</p> <p>Die Vermögenswerte des Kantons Zürich für die Bemessungsjahre 2013 und 2014 mussten im Rahmen der Datenmeldung für das Bemessungsjahr 2015 für die Berechnungen der Ressourcenausgleichszahlungen 2019 deutlich nach unten korrigiert werden. Aufgrund eines Fehlers im bisherigen Extraktionsprogramm wurden in diesen Jahren irrtümlich die Vermögen der während der Steuerperiode verstorbenen und weggezogenen Personen gemeldet. Gemäss Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle vom 15. Juni 2018 hat die Eidgenössische Finanzverwaltung die Frage der nachträglichen Berichtigung der Ausgleichszahlungen gemäss Art. 9a FilaG und Art. 42a FilaV geprüft und das Erreichen der Erheblichkeitsgrenze verneint. Wir teilen diese Einschätzung nicht und stellen folgende Anträge:</p> <p><b>Antrag 1: Nachträgliche Berichtigung der Ausgleichszahlungen 2018</b></p> <p>Aufgrund der korrigierten Vermögenswerte für die Bemessungsjahre 2013 und 2014 sinkt das Ressourcenpotenzial pro Einwohner des Kantons Zürich um 75 Franken. Dieser Wert übersteigt die Erheblichkeitsgrenze von 0,17 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Ressourcenpotenzials der Schweiz, welche im Referenzjahr 2018 rund 56 Franken beträgt.</p> <p><b>Antrag 2: Präzisierung von Art. 42a FiLaV</b></p> <p>Die Auslegung des Artikels 42a FilaV sollte im Interesse aller Kantone geklärt und die Formulierung präzisiert werden. Die Eidgenössische Finanzverwaltung interpretiert Art. 42a FilaV so, dass ein Fehler nur dann korrigiert wird, wenn die Korrektur dazu führt, dass die <b>Zahlungen</b> eines Kantons den Wert von 0,17% des durchschnittlichen Pro-Kopf-Ressourcenpotenzials bzw. 56.03 Franken pro Kopf im Referenzjahr 2018 übersteigen. Daraus ergeben sich Mindestgrenzen bei den Ausgleichszahlungen von rund 1 Mio. Franken für Appenzell-Innerrhoden bis rund 80 Mio. Franken für den Kanton Zürich. Nach unserer Auffassung entspricht diese Auslegung nicht dem Wortlaut von Art. 42a FilaV, welcher wie folgt lautet: <i>"Die Ausgleichszahlungen werden nachträglich berichtigt, wenn der Fehler bei einem Kanton Pro Einwohnerin oder Einwohner mindestens 0, 17 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Ressourcenpotenzials der Schweiz entspricht (Erheblichkeitsgrenze)."</i> Der "Fehler" bezieht sich in diesem Satz auf das Ressourcenpotenzial. Würde sich das Wort auf die Ausgleichszahlungen beziehen, müsste es heissen <i>"Die Ausgleichszahlungen werden nachträglich berichtigt, wenn der Fehler der Ausgleichszahlungen bei einem Kanton pro Einwohnerin oder Einwohner mindestens 0, 17 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Ressourcenpotenzials der Schweiz entspricht"</i>.</p> <p>Unsere Auffassung stützt sich aber nicht nur auf den Wortlaut von Art. 42a FilaV, sondern auch auf dessen Entstehung: Im Rahmen der Vernehmlassung zum ersten Wirksamkeitsbericht beantragten die Kantone eine wesentlich niedrigere Erheblichkeitsgrenze als es der Bundesrat vorschlug. Gemäss Stellungnahme der KdK vom 28. Juni 2010 unterstützte eine Mehrheit der Kantone den Vorschlag, die Erheblichkeitsgrenze so festzulegen, "dass Fehler dann korrigiert werden, wenn sie eine Änderung des Ressourcenpotenzials je Einwohner um mehr als CHF 50 zur Folge haben."</p>